

Neue Hoffnung für den EuroAirport

Frankreich sieht nach Gesprächen mit Bern von unilateralem Vorgehen am Flughafen ab

Von Rahel Koerfgen

Basel/Bern/Paris. Im August schockte Frankreich die Region: Das französische Aussenministerium kündete gegenüber Bern an, dass es ab 2015 die Unternehmen im Schweizer Sektor des EuroAirports (EAP) nach französischem Recht besteuern wolle. Was darauf folgte, war ein Sturm der Entrüstung aus Wirtschaft und Politik: Die wenigsten Firmen, die heute im Schweizer Teil des EAP angesiedelt sind, könnten diesen Mehraufwand finanziell bewältigen und würden wohl wegziehen, befürchteten Wirtschaftsvertreter aus der Region Basel.

Auch grosse Player am Flughafen zeigten sich bestürzt, allen voran EasyJet: Für die Billiglinie würde die Aufgabe des binationalen Status des Flughafens «ein Kostenschok» bedeuten, wie Thomas Haagensen, Chef von EasyJet Nordeuropa, damals sagte. Die Airline legte daraufhin ihren Ausbau auf Eis: «Damit wir weiter hier investieren, brauchen wir Klarheit für die Zukunft.»

Frankreich lenkt ein

In den vergangenen Wochen kam es auf Insistieren der Schweiz zu neuen Gesprächen zwischen Bern und Paris; am 30. Oktober trafen sich Bundespräsident Didier Burkhalter und der französische Staatspräsident François Hollande. Dabei wurde auch das Thema EAP behandelt. Eine Woche später am 7. November kamen Yves Rossier, Staatssekretär des Aussendepartements (EDA) und sein französischer Counterpart Christian Masset zusammen.

Offenbar haben die Bemühungen der Schweizer gefruchtet. Am vergangenen Donnerstag traf sich die französische Steuerbehörde am Flughafen mit Vertretern aus Bundesbern, den Kantonen Basel-Stadt und Baselland und den betroffenen Unternehmen – und sendete ein starkes Signal aus: «Das unilaterale Vorgehen Frankreichs konnte von der Agenda gebracht werden, ein EuroAirport nach französischem Recht ist vom Tisch», sagt Claus Wepler, Generalsekretär des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt Basel-Stadt, zur BaZ. Alle Diskussionspunkte

(Besteuerung der Unternehmen im Schweizer Sektor, Mehrwertsteuerregelung, Luftverkehrssteuern, Besteuerung Flughafengesellschaft) würden derzeit wieder gemeinsam bearbeitet.

Bei der Handelskammer beider Basel (HKBB) ist man erleichtert über die neuerliche Entwicklung. «Wir spüren den Willen, dass Frankreich wirklich eine einvernehmliche Lösung will. Man geht wieder aufeinander zu, das beurteile ich als sehr positiv», sagt Vize-Direktor Martin Dätwyler. Man habe in Paris erkannt, dass eine für die Unternehmen praktikable und akzeptable Lösung nötig sei, um das Fortbestehen des Flughafens zu sichern.

«Es wird ein grosses Stück Arbeit»

Am Treffen vorgestern wurde laut Dätwyler die Gründung einer Arbeitsgruppe mit Vertretern der französischen Steuerbehörde und der Unternehmen des Schweizer Sektors des EAP beschlossen, die in den nächsten Wochen regelmässig zusammen kommen und Details ausarbeiten will. «Das ist ein idealer Rahmen, können doch die Unternehmen direkt ihre Bedürfnisse darlegen. Aber es wird ein grosses Stück Arbeit», sagt Dätwyler. Denn offen ist laut Wepler vom Basler Wirtschaftsdepartement weiterhin, wie die konkreten Lösungen aussehen. «In der Materie wissen wir noch nicht viel Neues; es gilt, schwierige Fragen und steuertechnische Details zu klären.» Deshalb, so Wepler, könne man keineswegs in Jubel ausbrechen: «Ich würde insgesamt nur von gedämpftem Optimismus sprechen.»

Da Fluggesellschaften wie EasyJet und Lufthansa, die ab Frühjahr mit einer eigenen Billiglinie in Basel abheben will, baldige Klarheit in Bezug auf die Zukunft verlangen, drängen die Schweizer Vertreter auf eine Lösung bis Ende Jahr. Dies sei nach jetzigem Stand allerdings unrealistisch, auch wenn die Arbeitsgruppe noch keinen Zeitplan definiert habe, sagt Dätwyler. «Wir gehen davon aus, dass sich die Gespräche bis März 2015 hinziehen werden und dann allenfalls eine Lösung präsentiert werden kann, die mehr Rechtssicherheit bringt.»